

Suchan, Karel

Article — Digitized Version

Reformen der Lenkungsmethoden sozialistischer Volkswirtschaften

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Suchan, Karel (1967) : Reformen der Lenkungsmethoden sozialistischer Volkswirtschaften, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 6, pp. 308-312

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133729>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Reformen der Lenkungsmethoden sozialistischer Volkswirtschaften

Dr. Karel Suchan, Prag

In den letzten zehn Jahren wurden in den europäischen sozialistischen Staaten verschiedene Änderungen der Organisation und Planung der Wirtschaft durchgeführt. Gleichzeitig erschienen in fast allen sozialistischen Ländern theoretische Arbeiten, die sich mit neuen Aspekten der weiteren sozialistischen Wirtschaftsentwicklung sowie mit Fragen des Planes und des Marktmechanismus in der sozialistischen Wirtschaft befaßten.

Die praktischen Maßnahmen, die in dieser Zeit realisiert oder zur Realisierung vorbereitet wurden, sind in den verschiedenen sozialistischen Staaten nicht identisch. Sie unterscheiden sich nach Art und Zeit der Durchführung. Trotzdem kann man ein allen diesen Reformen gemeinsames Phänomen beobachten, nämlich die Tendenz, den Marktmechanismus in bedeutend größerem Maße wirken zu lassen, die Selbständigkeit der Betriebe zu stärken und die zentrale Planung auf die Grundproportionen und langfristige Entwicklung der Wirtschaft auszurichten.

ÄNDERUNGEN ENDE DER 50ER JAHRE

Einer der ersten Wirtschaftswissenschaftler, der neue Lenkungsmethoden vorschlug, war der bekannte sowjetische Professor Liberman. Er kritisierte im Jahre 1956 in der Zeitschrift „Kommunist“ das detaillierte Planungssystem und empfahl gleichzeitig, die Betriebe an guten Resultaten (bzw. Überschreitung der Planaufgaben) durch langfristige Normative für die Bildung der Prämienfonds aus dem Gewinn zu interessieren.

Dieser Entwurf führte zu einer regen Diskussion, wurde aber noch nicht voll realisiert. In der Sowjetunion änderte man damals nur die Organisationsstruktur. Die meisten Wirtschaftsministerien wurden 1957 aufgelöst. Die Leitung der Wirtschaft lag in Händen von 105 Volkswirtschaftsräten, die gleichmäßig aufgegliedert waren. Im Laufe der Zeit wurden die Volkswirtschaftsräte zuerst zusammengeschlossen bzw. ihre Zahl verringert, schließlich wurden sie im Jahre 1965 wieder aufgehoben.

Einige organisatorische Änderungen wurden in dieser Zeit auch in der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt. Hier löste man im Jahre 1958 auch die Wirtschaftsministerien auf und beauftragte die Plankommission und später den Volkswirtschaftsrat (1961) mit der zentralen Leitung der Industrie. Im Jahre 1958 wurden gleichzeitig die Vereinigungen der Volkseigenen Betriebe (VVB) neu gebildet, und ein Teil der Verbrauchs- und Nahrungs-

mittelindustrie wurde den örtlichen Organen untergeordnet.

Ähnliche Reorganisationen hat auch Bulgarien durchgeführt, wo im Jahre 1959 die Wirtschaftsministerien aufgelöst wurden und die Leitung der Industrie durch Volkswirtschaftsräte und spezifische Regierungskommissionen erfolgte.

In dieser Etappe der 50er Jahre kritisierten verschiedene Stellen die allzu komplizierten Planmethoden. Die Vorschläge wandten sich meistens nicht gegen die administrativen Planungsmethoden. Die damals diskutierten Entwürfe waren eher auf die Verbesserung des Systems der Plankennziffern und die Vervollkommnung der Organisation gerichtet.

Praktische Versuche, einige neue Methoden der Wirtschaftslenkung bzw. einige Elemente des Marktmechanismus wirken zu lassen, wurden Ende der 50er Jahre in Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei durchgeführt.

In Ungarn vereinfachte man im Jahre 1957 die Organisation der Zentralleitung und erweiterte ebenfalls die Rechte der Betriebe. Gleichzeitig wurde die Zahl der Plankennziffern bedeutend reduziert und wurden die Betriebe am Gewinn interessiert. Die Gewinnbeteiligung bezog sich auf alle Werktätigen und wurde gemäß ihrem Grundlohn vorgenommen.

Auch in Polen vereinfachte man etwa zur gleichen Zeit die Organisation der zentralen Lenkungsorgane, wie schließlich in allen sozialistischen Staaten. Gleichzeitig wurde bei der Abrechnung des Jahresgewinnes ein Teil dem Betriebsfonds zugeteilt, aus dem die Prämien der Werktätigen, Zuschüsse für den Wohnungsbau sowie soziale Ausgaben gedeckt werden konnten.

In der Tschechoslowakei wollte man im Jahre 1958 die Interessiertheit der Betriebe an günstigen wirtschaftlichen Resultaten mit der Einführung von sogenannten langfristigen Normativen wecken. Für die Betriebe wurde erstens ein fester Teil der Abschreibungen und des Gewinnes für die Finanzierung ihrer Investitionen festgesetzt, zweitens wurde die Anhebung der Durchschnittslöhne von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abhängig gemacht. Diese Maßnahmen führten zwar am Anfang zu guten Ergebnissen, da sie sich aber im System der zentralen administrativen Leitung nicht weiter entwickeln konnten, wurden sie bald wieder aufgehoben. Ganz andere Lenkungsmethoden wurden in Jugoslawien eingeführt. Jugoslawien hat zwar im Jahre

1945 eine administrative Zentralisierung der Leitung eingeführt, in den 50er Jahren ging man aber zu einem Wirtschaftssystem über, das auf einer beträchtlichen Selbständigkeit der Betriebe beruht, die sich im System der Arbeiter-Selbstverwaltung entwickelt. In diesem System spielte der zentrale Plan eine verhältnismäßig geringe Rolle, die Betriebe orientierten sich größtenteils an Marktpulsen.

REFORMEN IN DEN 60ER JAHREN

Im Laufe der Zeit erwies sich, daß diese kleinen Änderungen und Verbesserungen des zentralen administrativen Lenkungssystems nicht imstande waren, die Produktivität der Wirtschaft zu steigern und ein weiteres optimales Wachstum zu sichern.

Die Diskussion der Wirtschaftswissenschaftler ist von Libermans ersten Vorschlägen zu einer Diskussion über das gesamte Modell der sozialistischen Wirtschaft und ihrer Lenkung übergegangen. Man suchte in diesem Zusammenhang weitere Wachstumsfaktoren der sozialistischen Wirtschaft. Nachdem die Quellen eines extensiven Wachstums (freie Arbeitskräfte, Konzentration und bessere Ausnutzung der verstaatlichten Produktionsmittel usw.) ausgeschöpft waren, sollten nunmehr die Quellen und Impulse zum intensiven Wachstum auf Grund der höheren Effektivität der Investitionen, der besseren Ausnutzung der Arbeitszeit usw. aufgedeckt werden.

In dieser Etappe lag deshalb der Kernpunkt der Diskussion und auch der praktischen Maßnahmen in der Vervollkommnung der Planung sowie in der Wirkungsweise des Marktmechanismus in einer sozialistischen Wirtschaft. Dabei ging es jetzt nicht mehr um kleine Verbesserungen der alten Methoden, sondern um die Einführung von neuen Lenkungsmethoden.

Den ersten Schritt zu einer Änderung des Wirtschaftssystems unternahm die Deutsche Demokratische Republik. Im Jahre 1963 wurden die Grundsätze des neuen ökonomischen Systems angenommen, das sodann schrittweise eingeführt wurde. Dieses System beruht auf der Planung als Hauptinstrument der Lenkung, wobei bei einer beträchtlichen Dezentralisation der Leitung ein größerer Raum für die Wirkung der Marktinstrumente und für die Initiative der Betriebe gelassen werden soll. Dabei spielt immer noch der zentrale Plan eine große Rolle, der allerdings nur wenige für die Betriebe gültige Kennziffern, die zum Teil als Orientierungsgrößen dienen, enthält. Bei der Planaufstellung der Betriebe wird den Prämienfonds derjenigen Betriebe eine Erhöhung zugebilligt, die die Plankennziffern erreichen oder überschreiten. Bei Beibehaltung des zentralen Investitionsplanes wurde die Finanzierung derart geändert, daß sich der Anteil der Investitionsmittel aus dem Staatshaushalt verringerte und die Investitionen nunmehr größtenteils aus den Mitteln der Betriebe

und der VVB bzw. aus der Amortisation, dem Gewinn und dem Kredit finanziert werden.

In der Tschechoslowakei hat man eine längere Zeit (1962—1965) der Vorbereitung der Wirtschaftsreform gewidmet. Die wichtigste Frage, die dabei zu lösen war, war das Verhältnis von Plan und Markt. Das neue tschechoslowakische Wirtschaftssystem geht aus der Planung der wichtigsten wirtschaftlichen Gesamtproportionen hervor, wobei die Tätigkeit der Betriebe einerseits durch diesen Plan (der ökonomisch, nicht administrativ durchgesetzt wird), andererseits durch den Marktmechanismus beeinflusst wird. Der Betrieb soll nun nicht mehr vollständig von einer Zentrale geleitet werden, sondern sich als Produzent verhalten, der vom Absatz und von der Bezahlung seiner Ware am Markt abhängig ist.¹⁾

Weitere sozialistische Staaten befinden sich zur Zeit in der ersten Etappe der Wirtschaftsreform. Dies betrifft Bulgarien, wo schon fast zwei Jahre die Anwendung von neuen Methoden in großem Ausmaß, vorerst experimentell, versucht wurde. Auch hier will man im Rahmen des Staatsplanes die Selbständigkeit und Initiative der Betriebe erweitern und diese wirtschaftlich von den eigenen Leistungen und Resultaten abhängig sein lassen. Um einen größeren Einfluß auf die Tätigkeit des Betriebes durch die Werkstätigen zu ermöglichen, werden in allen Betrieben Produktionsausschüsse gebildet, die ein großes Mitbestimmungsrecht bei den Grundfragen der Produktion, der Verteilung des Einkommens, der Kaderpolitik und der Entwicklung der sozialen Bedingungen der Werkstätigen haben werden.

Ungarn befindet sich zur Zeit in einer Etappe der Experimente und der Ausarbeitung der Prinzipien des neuen Lenkungsmodells. Nach dem Verlauf der Experimente und nach den bisherigen Arbeiten wird sich das ungarische Modell von dem tschechoslowakischen nicht sehr unterscheiden. Auch hier will man die direktiven Plankennziffern aufheben und sie durch ökonomische Methoden der Durchsetzung des gesellschaftlichen Planes ersetzen. Weiter soll eine Reform der Großhandelspreise durchgeführt und die Materialzuteilung durch Handelsbeziehungen ersetzt werden. Die Lohnentwicklung der Betriebe und der Branchen soll von ihren wirtschaftlichen Erfolgen abhängig sein und ein Wettbewerb im Binnenhandel gewährleistet werden.

Auch in anderen sozialistischen Staaten werden neue Wirtschaftslenkungsmethoden versuchsweise eingeführt oder durch Arbeitsgruppen von Theoretikern und Praktikern vorbereitet. Das gilt zum Teil auch für Polen, wo die neuen Grundsätze für die Gewährung von Prämien angenommen, die direktiven Plankennziffern reduziert wurden und die materiellen Anreize in einem größeren Ausmaß angewendet werden sollen.

¹⁾ Vgl. Karel Suchan: Das neue ökonomische System in der CSSR. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 46. Jg. (1966), S. 661 ff.

In der Sowjetunion wurde schon lange Zeit mit Methoden experimentiert, durch die die Lockerung der direktiven Planung und die Leitung der Betriebe auf Grund ökonomischer Impulse bewirkt werden soll. Seit 1. 4. 1966 arbeiten auf diese Weise bereits 673 Betriebe. Gleichzeitig wurden schon gewisse Beschlüsse über Änderungen der Lenkungsmethoden getroffen. Nach dem neuen System, das offiziell „Neues System der Planung und ökonomischen Stimulierung“ heißt, sollen die verbindlichen Plankennziffern der Produktion verringert werden. Für die Betriebe sollen weiter nur die Höhe des Gewinnes und die Abführungen an den Staatshaushalt festgesetzt werden. Es wird den Betrieben nicht mehr die Beschäftigtenzahl und der Durchschnittslohn verbindlich vorgeschrieben, sondern es wird für sie nur die gesamte Lohnsumme festgesetzt. In Zukunft soll auch die Lohnsumme nicht mehr durch Plankennziffern vorgegeben werden. In den Betrieben sollen verschiedene Fonds gebildet werden, wie der Prämienfonds (aus dem Gewinn), der Entwicklungsfonds (aus der Amortisation und aus dem Gewinn) usw.

Im Jahre 1965 hat auch Jugoslawien eine Wirtschaftsreform durchgeführt, die allerdings einen anderen Charakter als die Reformen der übrigen sozialistischen Staaten hat. Die jugoslawische Reform vom Jahre 1965 sollte die Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung weiter vertiefen, indem sie einige zentrale Investitionsfonds aufhob und den Betrieben mehr Mittel zur Eigenfinanzierung überließ. Gleichzeitig wurde durch einen neuen Kurs des Dinars (1\$ = 12,50 Dinare) ein stärkerer Druck des Weltmarktes auf die jugoslawischen Betriebe ausgeübt.

PROBLEME DES UBERGANGS

Die Wirtschaftsreformen aller sozialistischen Staaten gehen von der Erkenntnis aus, daß das alte System der zentralen administrativen Planung seine Rolle schon erfüllt hat und daß man die weitere Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft nicht bloß in einer Verbesserung des alten, administrativen Lenkungssystems zu suchen hat, sondern daß man neue, der jeweiligen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung adäquate Lenkungsmethoden suchen muß. Von diesem Standpunkt aus will man die administrative Leitung durch ein ökonomisches Lenkungssystem ersetzen.

Es wird erstens überall die alte administrative Art der Festsetzung des Produktionsvolumens durch direkte Plankennziffern entweder beseitigt oder gelockert. So wird in der Sowjetunion, in Polen und Rumänien die Zahl der verbindlichen Plankennziffern verringert. In Ungarn werden die Plankennziffern der Produktion nur dann benützt, wenn keine anderen Möglichkeiten für die Sicherstellung der notwendigen Erzeugung gegeben sind. In Bulgarien werden als Grundlage der Produktion Verträge gelten, die auch nur ausnahmsweise zentral geändert werden

können. In der DDR wird für den Betrieb ein von ihm aufgestellter Plan verbindlich, der vor höheren Stellen verteidigt wird. In Jugoslawien hat man die direkte Planung der Erzeugung schon Anfang der 50er Jahre aufgehoben.

Nach der Beseitigung aller oder der Mehrzahl der direktiven Plankennziffern der Produktion soll sich die Planung auf die Hauptproportionen der Wirtschaft und ihres Wachstums konzentrieren. Bei dieser Auffassung taucht jedoch die schwierige Frage auf, die richtige Abgrenzung des Wirkungsbereiches von Plan und Markt bzw. ihre Wechselwirkungen zu finden. Dazu ist es auch notwendig, zu neuen Planungsmethoden zu gelangen (langfristige Planung der Grundproportionen).

Diese Art der Planung setzt aber voraus, daß die laufende Tätigkeit der Betriebe in großem Ausmaß vom Marktmechanismus beeinflusst wird. Um den Marktmechanismus wirken zu lassen, müssen aber die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Die erste Bedingung ist die Bildung von ökonomischen Preisen.

Wie bekannt, wurden die Preise im alten System zentral festgesetzt und blieben stabil und ohne größere Bewegung eine längere Periode gültig. Solche Preise waren natürlich von der Nachfrage und dem Angebot unabhängig und konnten nicht als ökonomische Preise wirken. Die Preisreformen sollten nunmehr diese Preise in ökonomische Gleichgewichtspreise umwandeln.

Die Durchführung der Preisreform wird in verschiedenen Staaten auf verschiedene Art gelöst. In der DDR hat man die Großhandelspreisreform etappenweise durchgeführt, indem man zuerst die Rohstoffpreise und später die Preise für Material und Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie festgelegt hat. In gleicher Weise soll auch die Preisreform in der Sowjetunion durchgeführt werden.

In der ČSSR hat man dagegen die Preisreform der Großhandelspreise an einem Stichtag durchgeführt. Man hat 25 000 Warengruppen gebildet und die gegenseitigen Wechselwirkungen der Preisänderungen einiger Rohstoffe und Erzeugnisse mit Hilfe von Computeranlagen ausgerechnet.

Die Durchführung solcher Preisreformen ist allerdings nur der erste Schritt zu ökonomischen Preisen. Weiter sollen sich die Preise unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage bewegen, damit sie sich den Gleichgewichtspreisen ständig nähern (Polen, DDR). Auch die Weltmarktpreise sollen auf die Preisgestaltung eine Wirkung ausüben. Dies wird insbesondere in Bulgarien betont.

Alle sozialistischen Staaten wollen sich dabei eine gewisse Kontrolle der Preisentwicklung vorbehalten. Die meisten unterscheiden nach ihrer Wichtigkeit feste, limitierte oder freie Preise (ČSSR, Bulgarien,

Ungarn). In Jugoslawien wurde in der Vergangenheit nur ein geringer Teil der Preise kontrolliert. In den Jahren 1965/66 wurde die freie Preisbildung beschränkt; in Zukunft will man wieder die Rechte der Betriebe bei der Preisbildung erweitern.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, den Marktmechanismus auch in gewissem Ausmaß auf die Investitionen zu erweitern. Man geht allgemein von der Vorstellung aus, daß der Plan nunmehr das Gesamtausmaß der Investitionen und die grundlegenden Investitionstrends festsetzen soll, wobei die tatsächlich vorgenommene Investition der Entscheidung des Betriebes überlassen bleibt. In allen Reformen der Wirtschaftslenkung werden daher die Investitionen größtenteils aus den eigenen Mitteln des Betriebes (Amortisation, Gewinn) und aus dem Kredit finanziert.

Die Entscheidung über die Investitionen wird in der DDR in großem Maße dem Generaldirektor der Vereinigung Volkseigener Betriebe und den Betrieben selbst übertragen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn soll bei den Investitionsentscheidungen die Bank eine große Rolle spielen. In anderen Staaten, insbesondere in der Sowjetunion und in Bulgarien, wurde die Finanzierung der Investitionen aus dem Staatshaushalt bedeutend verringert, was letzten Endes auch in Jugoslawien der Fall ist, wo in der Reform vom Jahre 1965 die zentralen Investitionsfonds zugunsten der Betriebe aufgehoben oder verringert wurden.

In allen sozialistischen Staaten werden in Zukunft die Grundmittel, die in etwa dem Anlagevermögen entsprechen, verzinst, oder die Betriebe werden feste Abgaben an den Staat zahlen. Diese Verzinsung und Abführung an den Staatshaushalt sollen eine minimale Effektivität der eingelegten Kapitalmittel sichern. In manchen sozialistischen Staaten werden diese Zinsen für die ganze Industrie die gleichen sein (wie zum Beispiel in der ČSSR), in anderen werden sie nach der gesellschaftlichen Bedeutung der einzelnen Zweige differenziert werden.

GEWINN ODER BRUTTOEINKOMMEN?

In dem alten zentral-administrativen Planungssystem war das Interesse der Betriebe auf die Erfüllung der Planaufgaben gerichtet. Die neuen ökonomischen Lenkungsmodelle müssen andere Impulse für das Verhalten der Betriebe und der einzelnen Menschen suchen. Es soll ein solches Interessenklima geschaffen werden, daß die Betriebe nicht durch administrativen Druck, sondern aus eigenem Interesse hochwertige und dabei billige Ware erzeugen werden.

Dieses Interesse wurde bisher — mit Ausnahme von Jugoslawien — über den Gewinn geweckt. Schon im alten System der zentralen administrativen Leitung hat man den Gewinn als Quelle der Prämien benutzt, die allerdings hauptsächlich auf die Erreichung und

Übererfüllung der Planaufgaben ausgerichtet waren. Die Gewinnbeteiligung bzw. die Prämienfondsbildung soll als Anreiz auch in den neuen Lenkungsmodellen benutzt werden, wobei dieser Anreiz natürlich nicht zu einer formalen Planerfüllung, sondern zu einer besseren und qualifizierten Arbeit und zu besseren Betriebserfolgen führen soll.

Dieser Anreiz, der die Betriebe an der Erzielung eines hohen Gewinnes interessiert, ist ein wichtiger Bestandteil des neuen ökonomischen Systems der DDR, wo eine Jahreserfolgsprämie ausbezahlt wird. Auch in der Sowjetunion soll die Bildung verschiedener Fonds der Betriebe vom Gewinn des Betriebes abhängig sein. Für das materielle Interesse der Betriebe wird nicht nur die Höhe des Gewinnes, sondern auch das Verhältnis des Gewinnes zu dem vom Betrieb gebundenen Kapital berücksichtigt. Ähnlich wird auch in Polen und Rumänien mit der Ausnutzung des Gewinnes als Anreiz der Betriebe zu guten wirtschaftlichen Resultaten gerechnet. Wie schon gesagt wurde, wird in Polen eine neue Art der Bildung der Prämienfonds aus den Finanzresultaten der Vereinigungen und der Betriebe eingeführt bzw. damit experimentiert.

In der ČSSR geht man noch weiter, indem man das Interesse des Betriebes nicht nur mit dem Gewinn, sondern mit dem ganzen, vom Betriebe erwirtschafteten Bruttoeinkommen verbindet. Unter Bruttoeinkommen versteht man die Erlöse des Betriebes nach Abzug der Materialkosten und der Amortisation. Von diesem Bruttoeinkommen muß der Betrieb dem Staat feste Abgaben (Steuern) zahlen, über den Rest kann er dann frei verfügen. Das heißt, aus dieser Summe muß er seine Löhne, Prämien usw. decken und weiterhin notwendige Mittel für die Investitionen, den technischen Fortschritt, die Tilgung der Kredite usw. sicherstellen bzw. einen Reservefonds bilden.

Das System des Bruttoeinkommens ermöglicht einen breiten Raum für die wirtschaftlichen Entscheidungen der Betriebe. Dabei wird ein Verhältnis zwischen dem Einkommen des Betriebes und den Löhnen gebildet, was bei der Gewinnbeteiligung nicht der Fall ist (dadurch wird nur ein Teil der Entlohnung, d. h. es werden nur die Prämien beeinflusst). Die Lohnpolitik ist im Bruttoeinkommenssystem sowohl von den staatlich festgesetzten Tarifen als auch von den Betriebserfolgen beeinflusst. Bei diesem System wird nicht nur die Selbständigkeit, sondern auch die Verantwortung der Betriebe gehoben, denn sie müssen dauernd die notwendigen Mittel für ihre eigenen Löhne und weiteren Bedürfnisse erwirtschaften.

Die weitgehendste Anwendung des Bruttoeinkommenssystems ist in Jugoslawien festzustellen, wo es mit dem System der Arbeiter-Selbstverwaltung verbunden ist und wo eine große Entscheidungsfreiheit über die Verteilung der erwirtschafteten Mittel gegeben ist.

Das Bruttoeinkommenssystem wird auch mit der Wirtschaftsreform von Bulgarien eingeführt. In den Vorschlägen des ungarischen Wirtschaftsmodells wird zwar mit der Ausnützung des Gewinnes gerechnet, dem gebuchten Gewinn werden jedoch gewisse Posten hinzugerechnet oder abgezogen, die die Lohnentwicklung betreffen, so daß auch hier die Lohnentwicklung dadurch geregelt wird. Das ungarische Prinzip unterscheidet sich deshalb seinem Inhalt nach nicht wesentlich von dem Bruttoeinkommenssystem, obwohl die Höhe des Gewinnes (jedoch des korrigierten Gewinnes) die Ausgangsbasis bildet.

DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER LENKUNGSMODELLE

Bei der Analyse der Wirtschaftsreformen einzelner sozialistischer Staaten kann man viel Gemeinsames und ebenso auch viel Verschiedenes beobachten.

Das Gemeinsame entspricht der Notwendigkeit, die Leitungsmethoden dem Entwicklungsstand der Wirtschaft anzupassen. Eine entwickelte Wirtschaft, die ein gewisses Produktionsniveau erreicht hat, kann nicht mehr auf Grund von administrativen Weisungen gelenkt werden. Mit alten Methoden kann die Erhöhung der Effektivität und ein optimales Wachstumstempo der Wirtschaft nicht mehr gesichert werden.

Alle sozialistischen Staaten befinden sich heutzutage in einer Lage, in der es nicht nur um die Steigerung der Produktionsmenge geht, sondern auch um die qualitative Seite der Produktion. Das heißt, daß es nunmehr nicht nur wichtig ist, höhere Mengen zu erzeugen, sondern die benötigten Waren ökonomisch sinnvoll zu erzeugen, das heißt weiter, Qualitätsware zu niedrigen Kosten herzustellen, die Erzeugung den inländischen sowie ausländischen Bedürfnissen anzupassen, eine Modernisierung der Produktion herbeizuführen usw.

Es wird daher ein Lenkungsmodell gesucht, das dem gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel entspricht, weitere Wachstumsfaktoren aufdeckt und eine planmäßige Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht. Gleichzeitig soll die Selbständigkeit der Erzeuger bzw. Betriebe beträcht-

lich erweitert werden. Die Betriebe sollen sich nunmehr im Rahmen der Regeln einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ bewegen, sie sollen unter ökonomischem Druck rationell erzeugen und gleichzeitig auch von der Entwicklung des Weltmarktes beeinflusst werden.

Das ist das Gemeinsame, das alle sozialistischen Staaten erreichen wollen. Wie wir gesehen haben, sind die praktischen Maßnahmen nicht nur zeitlich, sondern auch methodisch nicht ganz identisch. Diese Tatsache ist damit zu erklären, daß jeder sozialistische Staat seine Lenkungsmethoden den eigenen Bedingungen anpassen muß. Und diese sind nicht immer die gleichen. Es gibt Staaten, in denen der Arbeitskräftemangel viel größer ist als bei den anderen. Es gibt ferner Staaten, die sehr vom Außenhandel abhängig sind. Diese Tatsachen sowie auch eine unterschiedliche subjektive Beurteilung der neuen Vorschläge führen natürlich zu einer Modifizierung der konkreten Lenkungsmethoden.

Zur Zeit befinden wir uns in der Etappe, in der einige Reformen schon durchgeführt werden, andere sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden. Man ist sich klar darüber, daß man nie ein ideales, für alle Zeiten und Bedingungen geltendes Lenkungsmodell finden kann und deshalb immer im Laufe der Zeit zu gewissen Verbesserungen bzw. zu einer Anpassung des Systems an die neuen Bedingungen der Wirtschaftsentwicklung gelangen muß.

Bei den verwirklichten Reformen und auch bei ihrer weiteren Entwicklung geht es immer um die Aufstellung eines Wirtschaftslenkungsmodells der sozialistischen Wirtschaft, das bei der Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen Anregungen und Quellen für die Effektivität und für das Wachstum dieser Wirtschaft aufzeigen soll. Gleichzeitig soll mit Hilfe eines solchen Modells in der Praxis der Grundsatz der sozialistischen Arbeitsentlohnung nach Quantität und Qualität der Arbeit angewendet werden. Es soll ein Interessenklima geschaffen werden, in dem die Arbeit der einzelnen Werktätigen und die des Betriebes sowohl dem Individuum als auch der ganzen Gesellschaft Nutzen bringen wird.

DEUTSCHE SCHIFFSBELEIHUNGS-BANK

A K T I E N - G E S E L L S C H A F T

Finanzierung von Schiffs-Neubauten im In- und Ausland

Schiffspfandbriefe für jeden Anlagebedarf

2 Hamburg 11 - Katharinenstraße 13 - Postfach 1920 - Ruf 36 25 66 - FS 02 14029

